



frauenstark!

Frauenrechte im Fokus



IAMANEH Schweiz | Suisse

Gesundheit für Frauen und Kinder
Santé pour femmes et enfants

INFO

Editorial

*Liebe Mitglieder,
liebe Spenderinnen und Spender,
sehr geehrte Damen und Herren*

Frauenrechte sind Menschenrechte, darin sind wir uns einig. Doch vielfältige Erfahrungen sowie Analysen der Wirksamkeit der Menschenrechte im Hinblick auf die Geschlechtergerechtigkeit zeigen klar: Im Alltag, bei der Arbeit, in der Politik und zuhause erfahren die Frauen immer wieder, dass das Wort «Geschlecht» nach wie vor strukturelle und persönliche Diskriminierung legitimiert, trotz der Menschenrechte. Es braucht also zusätzliche Anstrengungen, um die Rechte der Frauen einzufordern.

Konkrete Unterstützungen sind ebenso wichtig wie gemeinsame Aktionen und der Austausch von Wissen mit den Verfechterinnen von Frauenrechten. Mut und Durchhaltevermögen sind gefragt, denn die Unrechtserfahrungen wiederholen sich und die Möglichkeiten, diese anzuprangern, sind gering, insbesondere für Frauen mit wenig Beschwerdemacht. Die Partnerorganisationen von IAMANEH Schweiz richten sich an solche Frauen: Sie hören ihnen zu, erfassen ihre Bedürfnisse und unterstützen sie in ihren Rechten.



Gleichzeitig ist es aber auch wichtig herauszufinden, welche Strukturen, welche Politiken genderspezifische Diskriminierungen hervorbringen. Einzelerlebnisse müssen als Symptom der übergeordneten patriarchalisch geprägten Zusammenhänge verstanden und erklärt werden, damit Veränderung überhaupt möglich wird.

IAMANEH gibt kleinen Organisationen Handlungsspielräume und entwickelt gemeinsam mit den Menschen vor Ort Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zum Schutz vor Gewalt. Projekte der Entwicklungszusammenarbeit sind konkrete Hilfen und sie haben einen sozialpolitischen Anspruch, der sich auf die öffentliche Meinung – auch in der Schweiz – ausweiten soll. Advocacy ist eine Stärke von IAMANEH und ein fester Bestandteil des menschenrechtsbasierten Arbeitsansatzes. Advocacy bringt Fragen zu Machtverhältnissen, Unrecht und Ungleichheit auf den Tisch. Aus diesem Grund ist es ein grosses Anliegen von IAMANEH, eine breite Öffentlichkeit auf Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, Frauenrechte, Unterdrückung von Frauen, Rollenbilder zu sensibilisieren.

Herzlichst,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Sancar'. The signature is fluid and cursive.

Annemarie Sancar,
*Beauftragte für Geschlechter- und Entwicklungsfragen,
KOFF/Swisspeace*

Einleitung

Frauenrechte – noch lange nicht am Ziel

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren». Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 verspricht allen Menschen, dass sie ihre Rechte frei von Diskriminierung wahrnehmen können. Die Realität zeigt jedoch bis heute ein anderes Bild.

Weltweit gibt es noch immer kein Land, in dem die vollständige Gleichberechtigung von Frauen erreicht ist. Frauen sind nach wie vor in vielen wichtigen Bereichen des Lebens kaum vertreten, sie sind besonders von Armut betroffen und konfrontiert mit zahlreichen Ungerechtigkeiten.

Zwei Drittel der Analphabeten weltweit sind Frauen. Jedes Jahr sterben 300'000 Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern aufgrund von Komplikationen während Schwangerschaft und Geburt. Als Ursachen der hohen Müttersterblichkeit gelten unter anderem mangelhafte Müttergesundheit, unzureichende Geburtshilfe oder Frühschwangerschaften. In Politik und Wirtschaft sind Frauen nach wie vor nicht gleichgestellt. Deren Anzahl in Parlamenten hat sich zwar in den letzten 20 Jahren verdoppelt, trotzdem sind lediglich 22% aller Parlamentsabgeordneten weiblich. Während sich hierzu-

lande die Lohnschere zwischen Frau und Mann hartnäckig hält und der Frauenanteil in Führungspositionen noch immer tief ist, haben Frauen in patriarchal geprägten Gesellschaften mit schwerwiegenden Formen von Menschenrechtsverletzungen zu kämpfen. Sie sind aus Gründen der Tradition Normen unterworfen, die ihre Bewegungsfreiheit gezielt einschränken, ihnen den Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, Schulbildung und ausserhäuslicher Tätigkeit erschweren oder verunmöglichen.

Gewalt gegen Frauen etwas Alltägliches?

Gewalt gegen Frauen ist weltweit eine der häufigsten Menschenrechtsverletzungen. Jede dritte Frau erlebt sexuelle oder physische Gewalt, ein Grossteil davon durch den Beziehungspartner. Misshandlungen von Frauen verletzen grundlegende Ansprüche auf Leben, Gesundheit und Integrität ihrer Person. Zu diesen Verbrechen gehören Gewalt in Ehe und Familie, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung, Zwangs- und Kinderheirat, Zwangssterilisation, geschlechtsselektive und erzwungene Abtreibungen. Dass solche Misshandlungen von Frauen trotz ihres massiv gewalttätigen Charakters oft nicht als ernsthafte Menschenrechtsverletzungen wahrgenommen werden, hat damit zu tun, dass weltweit so viele Frauen und

Mädchen quer durch alle gesellschaftlichen Schichten Gewalt ausgesetzt sind. Die Tendenz besteht, Gewalt gegen Frauen als etwas Normales hinzunehmen. Darüber hinaus geschehen Menschenrechtsverletzungen an Frauen vor allem im «Privaten». Lange Zeit haben die Staaten ihre Schutzverantwortung deswegen nicht wahrgenommen.

Auf internationaler Ebene hat sich inzwischen einiges getan. Eine Vielzahl von internationalen Abkommen soll die Menschenrechte von Frauen garantieren. Zahlreiche Staaten haben spezifische Konventionen zum Schutz von Frauen vor Gewalt unterzeichnet. Am Willen zur Umsetzung in die Praxis fehlt es jedoch grösstenteils.

Noch immer riskieren Frauen viel, wenn sie sich für ihre Rechte stark machen. Im Rahmen unseres Filmfestivals **frauenstark!** (siehe Seite 15) wollen wir diese Frauen in den Fokus rücken. Frauen, welche sich gegen gesellschaftliche Normen und Zwänge auflehnen und einen Weg suchen aus der Unterdrückung, Gewalt und Fremdbestimmung.

Anja Baier

Themenverantwortliche

Geschichten

20 Jahre Engagement für Frauenrechte

Gordana Vidovic ist Direktorin unserer Partnerorganisation Buducnost in Bosnien-Herzegowina. Schon als Kind setzte sie sich für Fairness ein. Sie wurde Juristin und arbeitete bis zum Krieg am Gericht in Modrica. Nach Ende des Bosnien-Krieges begann sie, sich intensiv mit dem Thema Gerechtigkeit auseinanderzusetzen.

Der Krieg dauerte von 1992 bis 1995 und brachte das Land in einen Zustand der Zerrüttung, die Menschen hatten alles verloren: Ihre Familienmitglieder, ihr Eigentum und ein geordnetes Leben.

«Als junge Anwältin – voller Enthusiasmus, anderen zu helfen – suchte ich in diesem Chaos eine Möglichkeit, die Situation zu verbessern. So fing ich zusammen mit vier weiteren Frauen an, kostenlose Rechtsberatungen für Bürger anzubieten, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit Schwierigkeiten hatten», erzählt Gordana. Sie wurde mit vielen Problemen konfrontiert: Verwirrte, traumatisierte und hoffnungslose Menschen benötigten Unterstützung bei der Rückgabe von konfisziertem Eigentum, bei der Rückkehr in ihre Häuser und für den Erhalt ihrer Dokumente.



Gordana Vidovic ist stolz darauf, die Grundlagen für ein Schutzsystem für Gewaltopfer geschaffen zu haben.

In der Folge gründeten die fünf Frauen 1996 den Verein Buducnost. «Wir glaubten fest daran, mit organisierten Aktivitäten auf die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft Einfluss nehmen zu können», sagt sie. Gleichzeitig war ihr aber bewusst, dass ein steiniger Weg bevorstand, denn das Land wurde weiterhin von den gleichen Leuten geführt, welche die ethnische Spaltung und den Krieg verursacht hatten. Frauen nahmen nicht an den Entwicklungsprozessen teil. Sie hatten keinerlei Einfluss auf die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen und wurden fast gänzlich aus allen Macht- und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.

Mit Lobbyarbeit zum Erfolg

«Wir sind die Mehrheit», hieß die erste Kampagne, die Buducnost mit 14 Organisationen lancierte. Ziel war, eine Frauenquote bei Wahlen durchzusetzen. Es gelang ihnen, die Quote im Wahlgesetz zu verankern: Jede Partei hatte mindestens drei Frauen auf die Kandidatenliste zu setzen. Die Situation bei den Wahlen 1998 veränderte sich daraufhin wesentlich – 26% der Frauen kamen ins Parlament. Heute liegt der Frauenanteil auf den Kandidatenlisten bei 40%.



Das erste Frauenhaus in der Republik Srpska bietet 16 gewaltbetroffenen Frauen und Kindern Unterkunft und Schutz.

Buducnost nahm zudem an der Abfassung des Gesetzes über die Geschlechtergleichstellung teil, welches 2003 verabschiedet wurde.

Wie alles begann

Auf weitere Erfolge ist Gordana stolz: «Unsere Arbeit war nicht nur für die Frauen in der Politik bestimmt. Einen wichtigen Fortschritt verzeichneten wir im Jahr 2000, als zum ersten Mal häusliche Gewalt als Straftat aufgelistet wurde.» Im selben Jahr öffnete das Frauenhaus ihre Türen – das erste in der Republik Srpska. «An einem kalten Dezembermorgen kam eine verzweifelte Frau mit ihren drei Kindern in unser Büro und bat um Hilfe. So hat alles begonnen. Heute haben wir unser eigenes Haus, welches 16 gewaltbetroffenen Frauen und Kindern Unterkunft und Schutz bietet», erinnert sich Gordana. Seither setzt sich Buducnost kontinuierlich für die Annahme und Verbesserung von Gesetzen ein und unterstützt die Opfer von Gewalt.

Buducnost entwickelte ausserdem in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den im Gewaltfall intervenierenden Institutionen formale Zusammenarbeitsmechanismen, die den Gewaltopfern einen sicheren und schnellen Zugang zu Hilfe ermöglichen.



Frauen sind nach wie vor Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Buducnost unterstützt die Opfer von Gewalt und setzt sich kontinuierlich für die Verbesserung von Gesetzen ein.

Dieses innovative Modell ist als «Modrica-Modell» bekannt und heute auch in den nationalen Strategien und Aktionsplänen eingebettet.

Die Gründung des Netzwerkes Safenet, bestehend aus acht Frauenhäusern, war ein zusätzlicher bedeutender Schritt, um Kräfte zu bündeln und zusammen mehr zu erreichen. Dazu Gordana: «Durch gemeinsame Aktionen wird die Öffentlichkeit sensibilisiert und Druck auf die Behörden ausgeübt, um den Frauen das Recht auf ein Leben frei von Gewalt zu gewährleisten. Ein wichtiger Partner und der grösste Unterstützer in diesem Prozess ist IAMANEH Schweiz.»

Der Staat und seine Verantwortung

Heute existieren in Bosnien-Herzegowina zwar Gesetze, die Frauen formell ermöglichen, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilzunehmen. Dennoch sind diese Rechte nicht gleichermassen für alle verfügbar und werden noch zu selten angewendet. Frauen sind nach wie vor Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Die Zahl der Frauen, die von ihren Partnern umgebracht werden, steigt von Jahr zu Jahr. «Es liegt noch eine Menge harter Arbeit vor uns, um Frauenhäuser in das System zu

integrieren und den staatlichen Institutionen ihre Verantwortung bewusst zu machen», sagt die Direktorin von Buducnost. Der Staat ist derjenige, der den Frauen ihr Recht auf ein Leben frei von Gewalt, Einschüchterung oder Gewaltandrohung gewährleisten muss. Er ist verantwortlich, wenn die Opfer keinen Schutz erhalten oder die Täter nicht angemessen bestraft werden. Zu den staatlichen Strukturen dringt dieses Bewusstsein jedoch sehr langsam vor, und es besteht kein wirklicher Wille dazu, diese Verantwortung auch tatsächlich zu übernehmen.

Gordana Vidovic ist stolz darauf, dass Buducnost in 20 Jahren die Grundlagen für ein Schutzsystem für Gewaltopfer geschaffen hat und dass tausende sich in akuter Gefahr befindliche Frauen und Kinder unterstützt wurden. All dies hat die Organisation in einem Land geschafft, in dem die Staatsführung der ethnischen und politischen Spaltung mehr Gewicht verleiht als der Gleichstellung der Geschlechter.

Text und Interview:

Gordana Vidovic

Direktorin Buducnost

Manuela Di Marco

Verantwortliche Kommunikation



Gordana Vidovic ist Direktorin von Buducnost, was übersetzt «Zukunft» heisst. Die Organisation feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Bestehen. Die zwei Hauptachsen der Arbeit von Buducnost sind die Stärkung von Frauen, damit sie Verantwortung am öffentlichen und politischen Leben übernehmen, sowie die Prävention und der Schutz vor Gewalt. 2011 hat Buducnost ein Männerzentrum eröffnet, welches Männern und Tätern Beratung und Therapie anbietet. Gordana Vidovic wird auch als Expertin und Beraterin für Menschenrechte bei nationalen und internationalen Organisationen beigezogen.

Geschichten

Auf dem Weg zur Selbstbestimmung der Frauen in Mali

Frau-Sein in Mali ist noch immer weitgehend geprägt von traditionellen und religiösen Grundsätzen. Die Frau wird als Mutter und Hausfrau, als sexuelle Partnerin und Besitz des Mannes angesehen. Sie muss uneingeschränkt zu seiner Verfügung stehen, er darf sie bestrafen, wie es ihm beliebt.

Erst Ende der 90er-Jahre, mit der Gründung des Ministeriums zur Förderung der Frau, des Kindes und der Familie, haben die Stärkung der Frau sowie das geschlechtsspezifische Bewusstsein gewisse Fortschritte gemacht. Und es hat nochmals zehn Jahre gedauert, bis eine nationale Gender-Politik verabschiedet wurde, welche eine bessere Berücksichtigung von Fragen der Geschlechtergleichstellung und der Förderung der Frau in staatlichen Programmen mit sich brachte. Seit 2015 ist ein Gesetz in Kraft, welches eine stärkere Vertretung von Frauen in öffentlichen Ämtern vorsieht.

Und in der Realität?

Trotz dieser Anstrengungen stossen Frauen nach wie vor auf zahlreiche sozio-kulturelle Hindernisse, die sich gravierend auf den Status der Frau in der Familie und der Gesellschaft auswirken. Sie verhindern, dass Frauen eigenständig Entscheidungen treffen und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Traditionelle und religiöse Praktiken, wie Beschneidungen, Früh- oder Zwangsheiraten oder andere erniedrigende Praktiken, welche der Frau das Recht auf körperliche Integrität verwehren, stellen in der täglichen Praxis noch immer den Referenzrahmen für die Beziehung zwischen Mann und Frau dar. Und dies, obwohl Malis Verfassung zahlreiche juristische internationale und nationale Instrumente ratifiziert hat, das Recht auf physische Unversehrtheit anerkennt sowie Folter, Misshandlung und Erniedrigung verbietet.

Beispiel Mädchenbeschneidung: Diese ist nach wie vor gesetzlich nicht verboten, weshalb die Praxis auch heute noch in hohem Masse durchgeführt wird: Etwa 91% der Frauen in den südlichen Regionen Malis sind beschnitten, 77% davon vor ihrem fünften Lebensjahr. Obwohl bereits vor mehreren Jahren der



Sozio-kulturelle Hindernisse wirken sich gravierend auf den Status der Frau aus und verhindern, dass Frauen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Nationalversammlung ein Gesetzesvorschlag zum Verbot weiblicher Beschneidung zur Abstimmung vorgelegt wurde, ist bis heute kein Konsens gefunden. Viele Parlamentsmitglieder scheuen sich vor der Zustimmung aus Angst, Wähler zu verlieren.

In Abwesenheit staatlichen Handelns setzen sich viele lokale Organisationen gegen die Genitalverstümmelung ein: Vertragliche Vereinbarungen zur Abschaffung der Beschneidungspraktiken werden direkt und im Kollektiv mit ganzen Dörfern getroffen. Heute haben rund 1'800 Dörfer diese Praxis freiwillig aufgegeben.

Die Rechte von Dienstmädchen im Mittelpunkt

Ob Beschneidung, Frühheirat oder andere erniedrigende Behandlungen – sich für die Rechte von Frauen und zum Wohle der Familie einzusetzen, hat bei unserer malischen Partnerorganisation APSEF absolute Priorität. Seit über zehn Jahren engagiert sie sich für das Empowerment von Frauen. Neben ihrem Engagement gegen die Mädchenbeschneidung setzt sie sich insbesondere für Dienstmädchen ein. Fast jede Familie in den grösseren Städten Malis beschäftigt eine Haushaltshilfe. Oft werden diese ausgebeutet, geschlagen, beschimpft und gedemütigt. Sexuelle Übergriffe sind nicht selten. APSEF konzentriert sich in ihrem Projekt auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie auf die Aufklärung ihrer Rechte, zum Beispiel:

- Festlegung eines Lohnes und dessen regelmässige Auszahlung
- Ein freier Arbeitstag pro Woche, eine Unterkunft, eine korrekte Behandlung sowie genügend Essen
- Zugang zu medizinischer Behandlung
- Schutz vor Gewalt und sexuellem Missbrauch



Viele Familien beschäftigen junge Mädchen als Haushaltshilfen. Oft werden diese ausgebeutet und gedemütigt. Sie zu stärken und ihnen zu ihren Rechten zu verhelfen, steht im Zentrum unseres Projektes.



Die Partnerorganisation APSEF setzt sich seit 2005 für Frauen- und Kinderrechte ein.

Zentrale Bedeutung hat ausserdem die gezielte Vernetzung mit anderen Akteuren, die sich für die Förderung der Rechte von jungen Mädchen einsetzen. Mit gemeinsamer Lobbyarbeit wird für die Annahme des internationalen Übereinkommens über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte (Übereinkommen Nr.189 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO) gekämpft.

Ein ermutigender Erfolg dieser Zusammenarbeit kann bereits verzeichnet werden: Um der Verteidigung ihrer Rechte mehr Gewicht und Sichtbarkeit zu geben, haben sich die Dienstmädchen organisiert und zum ersten Mal am 1. Mai-Umzug teilgenommen.

Langer Atem nötig

Empowerment der Dienstmädchen erfolgt über Sensibilisierungsaktivitäten, Weiterbildungen, Alphabetisierungskurse und die Verbesserung ihrer ökonomischen Situation. Konkrete Resultate und Erfahrungen sind bereits vorhanden:

- 57 der seit 2016 neu betreuten Mädchen haben selbst ihren Lohn verhandelt
- 7 Mädchen haben ein eigenes Bankkonto eröffnet
- 50 Dienstmädchen erhalten einen arbeitsfreien Tag pro Woche
- 60 Dienstmädchen schlossen einen Arbeitsvertrag ab.

Greifbare Ergebnisse im Bereich der Selbstbestimmung von Frauen in Mali zu erreichen, erfordert einen langen Atem und ist nur in Zusammenarbeit mit staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen möglich.

Virginie Mounkoro

Direktorin APSEF



APSEF (Association pour la Promotion des Droits et du Bien-Être de la Famille) ist eine malische Nichtregierungs-Organisation mit Sitz in Bamako, die sich seit 2005 für die Förderung der Rechte und für das Wohlbefinden der Familie einsetzt. APSEF engagiert sich insbesondere für Frauen- und Kinderrechte, gegen die Ausbeutung von Mädchen sowie gegen Mädchenbeschneidung. Seit Januar 2016 unterstützt IAMANEH das Dienstmädchen-Projekt von APSEF. Etwa 200 Haushaltshilfen pro Jahr profitieren von wichtiger Informations- und Aufklärungsarbeit, von medizinischer, juristischer sowie psychosozialer Betreuung und erhalten in Notsituationen eine Unterkunft.

Gastbeitrag

Geschlechtergerechtigkeit für alle

Mit der Entwicklung von gendertransformativen und gewaltpräventiven Projekten für Männer und Jungen erweitert IAMANEH Schweiz ganz bewusst ihren Förderfokus und fordert Geschlechtergerechtigkeit für alle. Doch was bedeutet das genau?

Um eine Antwort auf diese Frage geben zu können, ist es hilfreich, zunächst einen Schritt zurück zu gehen und genderbasierte Gewalt als ein weltweites Unrecht in den Blick zu nehmen, in das Frauen und Männer, Junge und Alte, in ihren vielfältigen Beziehungen zueinander verstrickt sind. Noch immer werden in etlichen Ländern dieser Welt Frauen im Kindesalter beschnitten und zwangsverheiratet. Sie werden in ihrem von Gewalt geprägten Alltag oft viel zu früh schwanger und leiden ein Leben lang an den Folgekomplikationen von Beschneidung und einer für Mutter und Kind lebensgefährlichen Geburt.

Auch Männer und Jungen sind sexueller Gewalt ausgesetzt, beispielsweise in kriegerischen Auseinandersetzungen. Sie werden als Homosexuelle verfolgt und mit dem Tod bedroht. Bei alledem haben wir es nicht nur mit gravie-

renden Verletzungen von Menschenrechten wie dem Recht auf Gesundheit und dem Recht auf Schutz der körperlichen Integrität zu tun. Derartige in patriarchalen Strukturen verankerte, von Gewalt und Leid gezeichnete Lebensumstände empfinden wir in moralischer Hinsicht als in höchstem Masse ungerecht.

Geschlechtergerechtigkeit mindert Armut

Unser Sinn dafür, was recht und was unrecht ist, motiviert uns zu einem von der Idee der Gerechtigkeit geleiteten Handeln. Diese Idee der Gerechtigkeit ist in sämtlichen Kulturen bekannt. Forderungen nach (mehr) Gerechtigkeit – nach gerechten Institutionen, gerechten Gesellschaften und einer gerechteren Welt überhaupt – haben eine lange Tradition. Die Vorstellung, es sollte oder könnte so etwas wie Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern geben, ist hingegen sehr jung. Verbreitung erlangte sie erst im 20. Jahrhundert, nennenswertes politisches Gewicht gar erst in jüngster Zeit, etwa in der UNIFEM-Position von 2010, welche besagt, dass Geschlechtergerechtigkeit (gender justice) ein Schlüssel zur Armutsbekämpfung sowie zur Erreichung der Post-2015-Entwicklungsziele sei.

Unterschiedliche Bedeutungen

«Geschlechtergerechtigkeit» ist ein zentraler Begriff der feministischen politischen Philosophie. Er gehört darüber hinaus zum professionellen Wortschatz einer vielfach feministisch begründeten entwicklungspolitischen Praxis, wie sie sich im Kontext der internationalen Frauenbewegung in den 1960er/70er Jahren herauszubilden begann. Auffassungen darüber, was mit «gender justice» gemeint ist, sind allerdings gerade im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sehr unterschiedlich. Sie reichen von einem weiten Verständnis wie dem der UNIFEM-Position bis hin zu einer verengten Bedeutung, die «gender justice» mit frauenrechtlichen Interventionen und dem politischen Engagement von Frauenrechtsorganisationen verknüpft. Letztere machen sich in Ländern mit einem defizitären Rechtssystem für den freien Zugang von Frauen zur Rechtsprechung und für die faire Behandlung ihrer Rechte stark.

Konzeption der gerechten Verteilung

Suchen wir angesichts dieser definitorischen Bandbreite nach der Versinnbildlichung von Geschlechtergerechtigkeit, so finden wir häufig die Darstellung einer Balkenwaage mit zwei Waagschalen: Die eine Schale zeigt das



Die Geschlechtergerechtigkeit gerät in eine Schräglage, wenn Männern und Frauen nicht gleich viel zusteht.

Venusymbol für das weibliche, die andere das Marssymbol für das männliche Geschlecht. Geschlechtergerechtigkeit ist nach dieser verbreiteten Vorstellung erreicht, wenn sich der Querbalken in der Waagrecht befindet. Die diesem Bild zugrundeliegende philosophische Konzeption zielt auf gerechte Verteilung ab. Männern und Frauen steht von allem gleich

viel zu. Befindet sich der Balken in der Schräglage, provoziert dies in uns den Impuls, einen Ausgleich zu schaffen. Der angestrebte Ausgleich erfolgt in der Regel über die Orientierung an derjenigen Waagschale, die tiefer steht, also an dem Geschlecht, das «mehr Gewicht» hat, ein Mehr beispielsweise an Rechten, Gütern und Bildung. Dass die ökonomistische «Logik» der

Balkenwaage damit de facto eine Orientierung am männlichen Geschlecht vorgibt, sollte stutzig machen. Gemessen an der Vielfalt geschlechterspezifischer Lebenswirklichkeiten erweist sich die eben skizzierte Vorstellung als unzureichend. Sie verkürzt Geschlechtergerechtigkeit auf die Gleichstellung von Frauen und Männern an der Richtschnur der Errungenschaften wohlsituerter



Wie führen Menschen ihr Leben und welche Freiheiten sind für sie tatsächlich erreichbar? Welche Wahlfreiheit hat zum Beispiel eine Haushaltshilfe in Mali, die sich ihren Lebensunterhalt verdienen muss?

und gutgestellter Männer. Sie ignoriert zudem die existenziellen Erfahrungen, die Frauen aufgrund ihrer biologischen Mutterrolle und ihrer gesellschaftlich geprägten Geschlechterrollen machen. Mit der Balkenwaage als Sinnbild für Geschlechtergerechtigkeit lässt sich etwa das Ausmass des eingangs geschilderten Unrechts, das Jahr für Jahr Millionen von beschnittenen und zwangsverheirateten Mädchen erleiden, nicht erfassen.

Gerechtigkeit als Befähigung

Die Philosophin Martha Nussbaum und Amartya Sen, Nobelpreisträger, Ökonom und Philosoph,

bereichern die auf Fragen der gerechten Verteilung fokussierte Gerechtigkeitsdiskussion entscheidend, indem sie danach fragen, wie Menschen ihr Leben führen und welche Freiheiten für sie tatsächlich erreichbar sind. Gemeinsam analysierten sie die Parameter, die Menschen in ihren jeweiligen Lebenswirklichkeiten zu einem gelingenden Leben befähigen. Diese praxisorientierte Befähigungsperspektive ist in der Entwicklungszusammenarbeit unter dem Namen «capability approach» für die Bekämpfung von Armut einflussreich geworden. Mit der Wahlfreiheit, die beispielsweise ein zwölfjähriges Mädchen nicht hat, das in Bamako unter ausbeuterischen Bedingungen seinen Lebensunterhalt als Hausangestellte verdienen muss, kommt denjenigen, die über Entscheidungsmöglichkeiten verfügen, Verantwortung für das zu, was sie tun. Männer, die in vielen Fällen Entscheidungsmöglichkeiten haben, die Frauen verwehrt bleiben, werden so in die Pflicht genommen. Als Akteure der Veränderung und als Zielgruppe rücken sie in den Fokus einer Geschlechtergerechtigkeit, die für alle gilt.

Christina Kleiser

Historikerin und Forschungskordinatorin



Christina Kleiser ist Postdoc Visiting Fellow am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Koordination des «Swiss Programme for Research on Global Issues for Development» (www.r4d.ch). Sie arbeitet an einem Buchprojekt zu den verschiedenen Vorstellungen von Geschlechtergerechtigkeit in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Organisation und Öffentlichkeitsarbeit

Neues aus dem Vorstand

Bei der Mitgliederversammlung im Juni wurde der Vorstand von IAMANEH Schweiz erweitert. Neu mit dabei sind:



Osman Besic, Leiter der Abteilung Gesundheit beim Schweizerischen Roten Kreuz, wurde in Bosnien-Herzegowina geboren und hat einen Master of Public Health.



Karin Mader, Experte im Bereich Entwicklungszusammenarbeit. Sie hat unter anderem für die DEZA und die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gearbeitet.

Christoph Keller trat nach sechs Jahren als Vorstandsmitglied zurück und wurde von Geschäftsführerin Maya Natarajan für sein grosses Engagement verdankt.

Seit einem Jahr im Amt – Drei Fragen an die IAMANEH-Präsidentin

Dagmar Domenig, Sie sind seit November 2015 Präsidentin von IAMANEH Schweiz.

Was war für Sie in diesem Jahr wichtig?

Es ging mir darum, mich in die Themen und Projekte einzuarbeiten und die verschiedenen Bereiche sowie internen Abläufe von IAMANEH kennenzulernen. Die klare Aufgabenteilung zwischen Vorstand und Geschäftsstelle ist für mich eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Welche Themen sind im Moment im Vorstand prioritär?

Die Erweiterung unseres Vorstandes mit zwei neuen Mitgliedern war eine prioritäre Aufgabe. Hierfür haben wir unsere Statuten revidiert und sind aktuell daran, unser Leitbild zu überprüfen. Im Hinblick auf unser 40-jähriges Jubiläum im Jahre 2018 machen wir uns zudem Überlegungen zu einem grösseren Anlass rund um das Thema Gender und den Einbezug von Männern und Jungs in den Programmen.

Welchen Eindruck haben Sie von IAMANEH gewonnen?

IAMANEH ist eine Entwicklungsorganisation mit einem klaren Fokus auf wichtige und innovative Themen. Gewaltprävention und die Verbesserung der Gesundheit sind zentrale Anliegen, ebenso unser Engagement für mehr Geschlechtergerechtigkeit. IAMANEH ist eine professionelle Organisation mit viel innovativem Potential, das auf ein engagiertes Team, einem motivierten Vorstand sowie treue Mitglieder zählen kann.



Demnächst



Frauenrechte im Fokus des Films

Im Rahmen der 16-Tage-Kampagne gegen Gewalt an Frauen führen wir Ende November das Filmfestival **frauenstark!** durch. Gezeigt werden Filme, die politische Relevanz haben und sich für Frauenrechte stark machen, die Fragen aufwerfen und Diskussionspotenzial bieten, die unkonventionell und jenseits des Mainstreams sind. Zwei Vorführungen sind ausschliesslich für Schulklassen reserviert.

Wo: kult.kino atelier, Theaterstrasse 7, Basel

Wann: 25. und 26. November 2016

Programmierte Filme: Sonita, Sworn Virgin, Das Mädchen Hirut, Wadja, As I open my eyes, Mustang

Rahmenprogramm: Eröffnungspéro um 18.30 Uhr mit Konzert der schweiz-albanischen Jazzsängerin Elina Duni am 25.11., Gespräch mit Publikum und Gästen im Anschluss an den Film Mustang am 26.11., Moderation: Inés Mateos

Detailinformationen: www.iamaneh.ch

So unterstützen Sie uns

- Mit einer **Einzelspende**, die dort eingesetzt wird, wo sie am Dringendsten benötigt wird.
- Mit einer **Mitgliedschaft** von 50 Franken im Jahr erhalten Sie eine Stimme und stärken langfristig die Interessen der Frauen und Kinder.
- Mit einer **Spende statt Geschenke** an Ihrem Geburtstag, Ihrer Hochzeit, einer Familienfeier.
- Mit einem **Vermächtnis** an IAMANEH schenken Sie Zukunft und setzen ein bleibendes Zeichen zum Wohle der Gesundheit der Frauen und Kinder in unseren Projekten.

Jede Spende zählt, **Ihre Spende macht den Unterschied!** Herzlichen Dank dafür.

Impressum

Herausgeberin

IAMANEH Schweiz, Basel

Redaktion

Manuela Di Marco, Anja Baier

Haben an dieser Ausgabe mitgearbeitet

Annemarie Sancar, Christina Kleiser, Gordana Vidovic, Virginie Mounkoro

Übersetzung

Jacques Muheim
jacques@interidioms.com

Gestaltung

Newsign Grafik GmbH, Reinach BL

Bilder

IAMANEH Schweiz

Druck

Stuedler Press AG, Basel

Auflage

Deutsch: 4'300 Ex.
Französisch: 200 Ex.
Gedruckt auf Cyclus Print,
Recycling Papier

Basel, November 2016



IAMANEH Schweiz | Suisse
Aeschengraben 16
CH-4051 Basel

T +41 61 205 60 80
F +41 61 271 79 00

info@iamaneh.ch
www.iamaneh.ch

PC: 40-637178-8

